

Gedenkrede 20. Juli 2004 Konrad Raiser

Lassen Sie mich beginnen mit einem Wort des Dankes für die Einladung, in diesem Jahr der 60jährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944 die Gedenkrede am Kreuz hier in Imshausen zu halten. Imshausen ist für mich zu einem Ort mit besonderer Bedeutung geworden. Seit fünfzehn Jahren trifft sich hier am Himmelfahrtswochenende ein Familienfreundeskreis aus dem Osten und Westen Deutschlands. Er verdankt seine Entstehung in den frühen achtziger Jahren dem gemeinsamen ökumenischen Engagement, vor allem im Rahmen des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Der durch die Kommunität und inzwischen durch die Stiftung Adam von Trott geprägte Geist von Imshausen ist für unsere Begegnungen zu einem verpflichtenden Rahmen geworden.

Ich habe die Einladung, heute zu Ihnen zu sprechen, daher gerne angenommen. Ich gehöre zu der Generation, deren politisches und religiöses Bewusstsein in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Ende des Krieges entscheidend durch die im Widerstand gegen das NS-Regime verkörperte geistige Tradition geprägt worden ist. Die Namen von Moltke, York, Trott, Bonhoeffer, aber auch Stauffenberg, Treskow u.a. waren für mich ein Begriff und dienten als innerer Maßstab, lange bevor ich selber die ersten Schritte in die kirchliche, ökumenische und auch politische Öffentlichkeit tat und dabei in vielfältigen Begegnungen mit Überlebenden und Angehörigen der nach dem 20. Juli 1944 Hingerichteten mein Empfinden einer geistigen und moralischen Verpflichtung gegenüber dem Widerstand läutern und vertiefen konnte. Wie steht es heute, 60 Jahre nach dem gescheiterten Attentat des 20. Juli, mit dieser Verpflichtung?

Aus den vielen möglichen Ansätzen zu einer Antwort auf diese Frage wähle ich aus gegebenem historischem Anlass nur einen aus: die Aufgabe einer Neuordnung Europas. Sie nahm im Denken von Adam von Trott und Helmuth von Moltke sowie in den Diskussionen innerhalb des Kreisauer Kreises einen zentralen Ort ein. Daran heute zu erinnern hat einen besonderen Grund: Mit der am 1. Mai vollzogenen Erweiterung der Europäischen Union und der Zustimmung der Staats- und Regierungschefs zur europäischen Verfassung beginnt vor unseren Augen das neue Europa eine feste Gestalt zu gewinnen, dem die Beratungen und Denkschriften der Widerstandskreise den Weg zu bereiten suchten.

Im Gedenken an den 20. Juli 1944 stand und steht natürlich der „Kampf gegen die Verderber unserer Heimat“ im Vordergrund, wie es auf dem Steinsockel am Fuß des Kreuzes hinter uns eingemeißelt ist. Aber es ging Adam von Trott und seinen Freunden nicht nur um die Rettung Deutschlands, sondern sie sahen überdeutlich, dass durch die nationalsozialistische Herrschaft und vor allem durch den Krieg, die alte Ordnung Europas in ihren Grundlagen erschüttert und wohl unwiederbringlich zerstört war. Zusammen mit Freunden in der internationalen ökumenischen Bewegung konzentrierten sie ihr Nachdenken auf die geistigen und moralischen Grundlagen für eine künftige Neuordnung Europas, die aus den verhängnisvollen Verirrungen des überzogenen Nationalismus herausführen könnte.

Freilich waren sie in der Analyse und konzeptionellen Kraft ihren Zeitgenossen nicht allein in Deutschland weit voraus. Es gehört zur besonderen Tragik des deutschen Widerstandes, dass diese zugleich real-politischen und visionären Überlegungen auf

Seiten der Kriegsgegner in England und später den USA auf Unverständnis und Misstrauen stießen. Besonders bitter war dies für Helmuth von Moltke und für Adam von Trott, die sich beide der angelsächsischen geistigen und politischen Tradition verwandt und verpflichtet fühlten und gerade in England Verständnis und Unterstützung für ihren Kampf zu finden hofften. Vor allem Adam von Trott brachte es an den Rand der Verzweiflung zu sehen, wie in der Konfrontation des Krieges in England und den USA das klassische, nationalstaatliche Politikverständnis des 19. Jahrhunderts, das Europa in den Ruin geführt hatte, wieder die Oberhand gewann.

Aus dieser Perspektive betrachtet, geriet Adam von Trott und mit ihm der deutsche Widerstand in den Verdacht, es gehe ihnen letztlich nur um die Bewahrung der Machtposition Deutschlands und ihre verschiedenen Friedensfühler seien wenigstens indirekt Teil der politischen Kriegsführung der Regierung Hitlers. Wie schwer sich die Haltung des deutschen politischen und nicht-militärischen Widerstandes aus britischer Perspektive einschätzen ließ, wurde in einer 1969 in der Zeitschrift „Encounter“ geführten Debatte zwischen Christopher Sykes, dem Biographen, und David Astor, dem Freund Adam von Trotts, sowie sowie anderen Zeitgenossen, darunter auch der erste Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, W.A. Visser't Hooft, deutlich.

Visser't Hooft kannte Adam von Trott, seit er ihm in den dreißiger Jahren in Genf zum ersten Mal begegnet war. Neben Dietrich Bonhoeffer war Adam von Trott der entscheidende Verbindungsmann zwischen dem deutschen Widerstand und den internationalen ökumenischen Stellen. Zwischen 1940 und 1944 ist er mindestens 10 Mal zu teilweise längeren und intensiven Gesprächen in Genf bei Visser't Hooft und den Mitarbeitern des Ökumenischen Rates gewesen. Lassen sie mich daher als unverfängliches Zeugnis von außen einige Sätze aus dem Beitrag von Visser't Hooft zitieren, der im September 1969 unter dem Titel „The View from Geneva“ in der Zeitschrift Encounter erschien.

Er schrieb: „Adam gehörte einer neuen Welt an, die mit den alten Begriffen nicht angemessen beschrieben werden kann. Er war ein Visionär. Adam dachte in internationalen Kategorien. Für ihn war der Krieg ein Bürgerkrieg innerhalb der westlichen Zivilisation. Seine gewaltige Enttäuschung bestand darin, dass diejenigen in England und Amerika, die er in diesem Krieg als seine Verbündeten ansah, ihn nicht als Kampfgefährten akzeptierten. Wenn Adam gegenüber der britischen und amerikanischen Handlungsweise häufig so kritisch war, so war das nicht so sehr auf eine nationale Reaktion als auf seine Überzeugung zurückzuführen, dass die westlichen Nationen die Tiefe der Krise unserer westlichen Zivilisation nicht verstanden und versuchten, auf noch nie da gewesene Situationen ausgediente Methoden anzuwenden. Er gehörte wirklich zu dieser größeren europäischen Widerstandsbewegung, die von einer großen Erneuerung Europas durch radikale Reformen und neue föderale Strukturen träumte.“ Und Visser't Hooft schloss mit dem Satz: „Die Aufgabe, ein solches Europa zu bauen, liegt noch vor uns.“

Inzwischen ist der Neubau Europas einige wichtige Schritte vorangekommen. Die Europäische Union des Jahres 2004 unterscheidet sich zwar in manchen entscheidenden Punkten von den vor über sechzig Jahren entwickelten Perspektiven. Und dennoch kann und muss man heute anerkennen, dass die geistigen Köpfe des deutschen Widerstandes, zusammen mit ihren ökumenischen Freunden, dazu beigetragen haben, die Wege für die Neuordnung Europas nach dem Krieg zu ebnen. Manche historische Analysen sehen in der Landung der Alliierten in der Normandie im

Juni 1944, also einen Monat vor dem gescheiterten Attentat des 20. Juli, den Beginn der Befreiung Europas und der schrittweisen Verwirklichung seiner Erneuerung. Adam von Trott und seine Freunde hätten diesen Prozess entschieden vorangetrieben, hätten sie den Kampf überlebt. Ihre in Memoranden und Denkschriften festgehaltenen Überlegungen sind daher ein bleibendes Vermächtnis.

Bereits in einer ersten Ausarbeitung Helmuth von Moltkes aus dem Jahr 1941 tritt die europäische Perspektive deutlich hervor. Moltke war schon damals überzeugt von der unvermeidlichen Niederlage Deutschlands; ja er hielt sie, je länger der Krieg andauerte, für die notwendige Voraussetzung einer wirklichen Erneuerung Deutschlands und Europas. Über die angenommene politische und militärische Lage bei Kriegsende schrieb er - unter Voraussetzung der deutschen Niederlage: „Der Frieden bringt eine einheitliche europäische Souveränität von Portugal bis zu einem möglichst weit nach Osten vorgeschobenen Punkt, bei Aufteilung des ganzen Festlandes in kleinere, nicht-souveräne Staatsgebilde, die unter sich Verflechtungen politischer Art haben. Einheitlich sind mindestens: Zollgrenzen, Währung, Auswärtige Angelegenheiten einschließlich Wehrmacht, Verfassungsgesetzgebung, möglichst außerdem Wirtschaftsverwaltung.“ Daneben sah er eine „angelsächsische Union“ zwischen England und den USA voraus, wobei das britische Interesse darauf gerichtet sein würde, die USA „in der Führung des Weltreiches wieder zu überflügeln.“ Im Inneren schwebte ihm ein Europa vor, das in „historisch gewordene Selbstverwaltungskörperschaften unterteilt“ wäre, „die in ihrer Größe etwas aufeinander abgestimmt sind, untereinander aber gruppenweise Sonderverbindungen haben. Dadurch ist das absolute Übergewicht der bisherigen großen Staaten Deutschland und Frankreich gebrochen, ohne dass daraus Ressentiments übrig geblieben sind.“

Damit sind bereits alle entscheidenden Punkte der Konzeption genannt, die in späteren Memoranden und Denkschriften ausgearbeitet und präzisiert wurden: die Überwindung der klassischen Vorstellung nationalstaatlicher Souveränität, eine föderale Verfassung Europas mit starken Einheitselementen sowie die Betonung der Selbstverwaltung. Nach Moltke's Vorstellung sollte die oberste gesetzgebende Gewalt in Europa den Staatsbürgern direkt verantwortlich sein und nicht den einzelnen, sich selbst verwaltenden Staatsgebilden. Das aktive und passive Wahlrecht sollte nicht an eine Altersgrenze, sondern vielmehr an die Ausübung von „gemeinschaftsfördernden“ Tätigkeiten gebunden sein. Moltke war sich über den revolutionären Charakter seiner Konzeptionen im Klaren: er sprach mehrfach vom Beginn einer „neuen Zeitrechnung“.

In den späteren Texten des Kreisauer Kreises aus dem Jahr 1943 treten die geistigen und moralischen Prinzipien einer Neuordnung Europas stärker in den Vordergrund. So wird das Christentum „als Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft“ bezeichnet. „Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.“

Als unverzichtbare Forderungen an eine neue Ordnung nennt die Denkschrift vom August 1943:

- Wiederaufrichtung der Rechtsordnung
- Glaubens- und Gewissensfreiheit

- Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person
- Familie als Grundeinheit des friedlichen Zusammenlebens
- Förderung von Selbst- und Mitverantwortung im Arbeitsleben.

Besonders hervorgehoben wird auch hier die Notwendigkeit, für alle Bürger die „mitbestimmende Beteiligung an der neu zu belebenden Selbstverwaltung der kleinen und überschaubaren Gemeinschaften“ zu fördern. Darüber hinaus tritt die Denkschrift für die Achtung der unterschiedlichen nationalen, kulturellen, sprachlichen, geistigen und geschichtlichen Überlieferungen ein. Allerdings vertritt sie die Überzeugung, dass die „freie und friedliche Entfaltung nationaler Kultur mit der Aufrechterhaltung absoluter nationalstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren“ sei.

Neben diesen, stark von Helmuth von Moltke geprägten Texten sind drei weitere Stellungnahmen aus dem Umfeld des deutschen Widerstandes für die Bemühungen um eine Neuordnung Europas von Belang. Alle drei lassen den engen Zusammenhang zwischen den Diskussionen in deutschen Widerstandskreisen und den parallelen ökumenischen Studien über eine künftige Friedensordnung erkennen.

Der *erste* Text ist die von Dietrich Bonhoeffer und W.A. Visser't Hooft im September 1941 gemeinsam verfasste Stellungnahme zu dem Buch von William Paton „The Church and the New Order“. Paton, einer der stellvertretenden Generalsekretäre des Ökumenischen Rates mit Sitz in London, hatte in seinem Buch die Vorstellungen in England und den USA im Blick auf die Nachkriegsordnung skizziert. Darauf antworteten Bonhoeffer und Visser't Hooft aus kontinentaleuropäischer Perspektive. Es ging ihnen vor allem darum, über die Forderung völliger militärischer Entwaffnung Deutschlands hinaus positive Friedensziele zu formulieren. Als Minimalforderung an eine künftige Ordnung betonten sie, dass die Macht des Staates gegenüber seinen Bürgern, wie auch gegenüber anderen Staaten, durch eine international garantierte Rechtsordnung begrenzt werden müsse. Die angelsächsische Welt fasse den Kampf gegen die Allmacht des Staates in dem Wort Freiheit zusammen. Aber die Betonung der klassischen Freiheitsrechte des Einzelnen reiche angesichts des gegenwärtigen sittlichen Chaos nicht mehr aus. „Wir glauben nun, dass der Begriff einer von Gesetz und Verantwortung geprägten Ordnung, einer Ordnung, die nicht ein Ziel an sich ist, sondern die die Gebote, die über dem Staate stehen, anerkennt, größere geistige Substanz und Gültigkeit besitzt als die Betonung der Rechte des Individuums.“

Im Blick auf die politische Neuordnung betonten sie, dass es zu einer wirkungsvollen Eingrenzung nationaler Souveränität kommen müsse. Auf wirtschaftlichem Gebiet plädierten sie zugunsten einer Planung für die wirtschaftliche Sicherheit der Bevölkerungen anstelle des „wirtschaftlichen Individualismus“. Das entscheidende Interesse der Stellungnahme lag jedoch darin herauszufinden, ob eine künftige deutsche Regierung, die mit Hitler und seinem ganzen System gebrochen hat, mit annehmbaren Friedensbedingungen rechnen könne. „Wir glauben, dass es möglich ist, in Deutschland Menschen zu finden, die durch ihre Haltung während der letzten Jahre bewiesen haben, dass sie nicht von nationalsozialistischen Ideen vergiftet sind und auf die man sich als loyale Mitarbeiter an einer europäischen Gemeinschaft der Nationen verlassen kann. Und wir glauben, dass man ihnen eine Gelegenheit geben sollte, nicht um Deutschlands willen, sondern um ganz Europas willen.“ Der Text weckte großes Interesse im angelsächsischen Raum, blieb aber ohne konkretes Echo.

Der *zweite* Text ist ein von Adam von Trott im April 1942 bei einem Besuch in Genf verfasstes Memorandum für die englische Regierung, das im Mai durch Visser't Hooft an Sir Stafford Cripps, einem Freund Adams und hochrangigem Mitglied der Regierung, in London übergeben wurde. Die fünfteilige Denkschrift kennzeichnet zunächst die gefährliche Bedrohung der europäischen Zivilisation durch den Totalitarismus in allen seinen Formen unter Einschluss des totalen Krieges. Sie appelliert sodann an die gemeinsame Verantwortung und Solidarität aller diesseits und jenseits des Atlantiks, denen die Bewahrung des westlichen geistigen Erbes wichtig ist. Sie nennt als die entscheidenden Ziele des deutschen Widerstandes die Wiederherstellung der unveräußerlichen Rechte der menschlichen Person und charakterisiert seine Ziele als die „praktische Anwendung der europäischen christlichen Tradition auf die modernen menschlichen Lebensbedingungen im gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und internationalen Umfeld.“

Den möglichen Erfolg des internen Kampfes gegen das NS-Regime sieht das Memorandum unlösbar verknüpft mit der endgültigen Überwindung des europäischen Nationalismus, vor allem in seiner militärischen Ausprägung. Es tritt deshalb für eine föderale Neuordnung Europas (unter Einschluss Großbritanniens) und eine enge internationale Zusammenarbeit mit anderen Kontinenten ein. Dies schließt das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen im Rahmen einer europäischen Föderation ein, vor allem derer, die gegenwärtig nationalsozialistisch beherrscht sind. Das heißt konkret, dass Polen und Tschechien innerhalb ihrer ethnographischen Grenzen ihre Freiheit und Unabhängigkeit wiedererlangen sollen.

Der *dritte* Text stammt ebenfalls von Adam von Trott. Im März 1943 hatte eine Kommission des Nordamerikanischen Kirchenbundes Vorschläge für einen gerechten und dauerhaften Frieden veröffentlicht und darin vor allem für die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung plädiert. Sie wurde unter dem Titel „Die sechs Pfeiler des Friedens“ auch in den Kreisen des deutschen Widerstandes bekannt. Als einer der internationalen Sprecher für den Kreisauer Kreis verfasste Adam von Trott im September 1943 eine Antwort auf die amerikanischen Vorschläge als einen Beitrag zur ökumenischen Friedensstudie.

So sehr er die amerikanischen Vorschläge in ihrer Grundausrichtung unterstützte, so sehr lag ihm gleichzeitig daran, dass das Statut einer künftigen internationalen Organisation nicht auf machtpolitischen Erwägungen, sondern auf den Prinzipien des Rechts begründet sein müsse. Eine föderative Neuordnung sei gerade für Europa wichtig, wobei das Grundprinzip der Selbstverwaltung beachtet werden müsse. „Keine europäische Föderation würde von Dauer sein können, die von außen unter direkter oder indirekter Anwendung von Gewalt und Zwang geschaffen wäre. Die europäische Föderation muss das Werk der Beteiligten selbst sein“ Kritisch ist er gegenüber der Betonung des Freihandels und plädiert für einen Abbau von allen imperialen und privatwirtschaftlichen Monopolstellungen.

Die amerikanischen Vorschläge hatten sich für eine Anpassung von bestehenden Verträgen an die eingetretenen Veränderungen der Weltentwicklung eingesetzt. Das setzt freilich für von Trott voraus, dass es eine internationale Instanz gibt, die mit der notwendigen Autorität ausgestattet ist. Dazu wäre eine Einschränkung der Souveränität der beteiligten Nationen notwendig, was zurzeit noch nicht erkennbar sei. In Europa allerdings habe sich erwiesen, dass die „Unzulänglichkeit des souveränen Nationalstaates als letzter internationaler Instanz auf größere Zusammenfassung der einzelnen Völker“ hindränge. Das gelte insbesondere für Mittel- und Osteuropa, wo sich

„das Problem der Autonomie nicht ohne Einschränkung der Staatssouveränität lösen“ lasse. „Gelingt es, diese Forderung der kulturellen Autonomie mit dem Ziel der europäischen Zusammenarbeit - besonders in den völkisch gemischten Siedlungsgebieten Europas - zu verwirklichen, so würde damit eines der besonders für die europäische Friedensordnung vitalsten Probleme seiner Lösung zugeführt werden können.“ Die regionalen Konflikte in Europa nach 1989, besonders auf dem Balkan und im Kaukasus, unterstreichen die Hellsichtigkeit dieser Feststellung.

Hinter den zitierten Texten wird eine bemerkenswert konsistente Grundkonzeption erkennbar. Die Konzentration auf Europa ergab sich aus der historischen Situation. Aber der Grundgedanke, über die klassische Vorstellung nationalstaatlicher Souveränität hinaus zu gehen und die bisherigen zwischenstaatlichen Beziehungen in den Rahmen einer echten Föderation zu überführen, ist über den europäischen Kontext hinaus nach wie vor von großer Bedeutung. Die europäische Entwicklung seit den römischen Verträgen hat zu einer immer stärkeren Übertragung klassischer Souveränitätsrechte auf die europäischen Institutionen geführt und vor allem einen einheitlichen rechtlichen Rahmen geschaffen, der nun durch die Verfassung unter Einschluss des Grundrechtekatalogs offiziell sanktioniert worden ist.

Auch wenn diese in mühsamen Verhandlungen entwickelte Struktur hinter den Visionen der geistigen Führer des deutschen Widerstandes zurückbleibt, so ist es doch gelungen, in Europa einen Raum des Friedens zu schaffen, der definitiv die instabile Gleichgewichtspolitik der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts überwunden hat. Trotz aller Unvollkommenheiten und Schwächen wird die neue Ordnung Europas, die sich auf dem in den 1940er Jahren bereiteten geistigen Boden entwickelt hat, in anderen Teilen der Welt als ein beispielhafter Weg angesehen, um aus den Sackgassen nationalstaatlicher Politik herauszukommen. Das gilt vor allem für die Lösung von Minderheitsproblemen, die zu einer der Hauptursachen der vielen bürgerkriegsartigen Konflikte geworden sind. Es gibt daher allen Grund, das Vermächtnis des deutschen Widerstandes in Ehren zu halten und auch unter veränderten geschichtlichen Bedingungen an seiner weiteren Umsetzung zu arbeiten.

Konrad Raiser wurde 1938 in Magdeburg geboren. Er studierte in Tübingen, Bethel, Heidelberg und Zürich Evangelische Theologie, sowie Soziologie und Sozialpsychologie an der Harvard University. 1969 wurde Raiser Mitarbeiter des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, dessen stellvertretender Leiter er 1973 wurde. 1983 wurde er als Professor für Systematische Theologie an die Ruhr-Universität Bochum berufen, wo er auch Leiter des Ökumenischen Institutes der Fakultät war.

1992 wurde Konrad Raiser zum Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen gewählt. 2004 trat er in den Ruhestand.